



Presseschau vom 10.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Moldau: Dodon verweigert USA ehemaliges Stadion für Bau neuer Botschaft.

Der Präsident der Ex-Sowjetrepublik Moldau, Igor Dodon, hat die Bitte der USA abgeschlagen, das Gelände eines ehemaligen Stadions für den Bau einer neuen US-Botschaft in Chisinau zur Verfügung zu stellen. Am Donnerstag weigerte sich Dodon, ein Gesetz über die Übergabe des Geländes an die USA publik zu machen.

Auf dem Territorium könnte eine Erholungszone eingerichtet werden.

„Die meisten Bürger und ich sind der Ansicht, dass auf dem Gelände des früheren Stadions ein Park angelegt oder ein Kulturzentrum gebaut werden könnte, das von allen Einwohnern Moldaus genutzt würde“, schrieb der Präsident auf Facebook.

Zuvor hatte Dodon dem US-Botschafter James Pettit vorgeschlagen, bei der Suche nach einem anderen passenden Grundstück zu helfen.

Im Dezember 2017 hatten US-Vertreter Pläne verkündet, das Gelände des früheren Republikstadions zu kaufen. Danach unterzeichneten Washington und Chisinau ein dahin gehendes Memorandum. Im vergangenen Juli billigte das moldauische Parlament die Übergabe des Grundstücks. Das Kabinett ging die Verpflichtung ein, den Wert des 5,2 Hektar großen Grundstücks festzulegen, Verhandlungen aufzunehmen und den Kaufvertrag zu unterzeichnen.

Das Stadion war 1952 in Chisinau fertiggebaut worden. 2007 wurde es abgerissen, weil das

Stadion den für Fußballspiele erforderlichen Kriterien nicht mehr entsprach.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32189/65/321896581.jpg>

wpered.su: Kinder mit Anspruch auf Ermäßigung haben von der KP der DVR „Erstklässlerpakete“ erhalten.

In dieser Woche hat die Stadtorganisation des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Donezker Volksrepublik im Namen der Kommunistischen Partei der DVR „Erstklässlerpakete“ an Kinder mit Anspruch auf Ermäßigung aus Familien gefallener Soldaten, kinderreichen und unvollständigen Familien, die besonders im Vorfeld des neuen Schuljahres humanitäre Hilfe benötigen, übergeben. Alle Familien, die diese nötige und rechtzeitige Hilfe erhalten haben, haben den Kommunisten für die Fürsorge und Aufmerksamkeit gedankt.

de.sputniknews.com: USA wollen bis 2020 Weltraumtruppen als sechste Teilstreitkraft aufstellen.

Die USA wollen bis 2020 Weltraumtruppen als sechste Teilstreitkraft aufstellen. Das Pentagon wird am Donnerstag den entsprechenden Entwurf präsentieren. „Das Ziel ist, zum Jahr 2020 das Ministerium für Weltraumtruppen zu bilden“, erklärte Vizepräsident Michael Pence in Washington.

Ihm zufolge wird in der Übergangszeit ein neues Amt gebildet – Weltraum-Berater des Verteidigungsministers, der gegenüber dem Pentagon-Chef rechenschaftspflichtig sein werde. „Künftig wird ein unabhängiger Minister in dieses Amt berufen“, sagte Pence.

Zuvor hatte Präsident Donald Trump die Aufgabe gestellt, die Weltraumtruppen zum Jahr 2020 zu einer eigenständigen Teilstreitkraft auszugliedern und eine Dominanz in dieser Sphäre zu gewährleisten.

„Die USA wollen die Vormachtstellung im Weltall sichern, wir sind nicht gewillt, Russland und China hinterherzuhinken“, sagte Trump.

Laut Plänen sollen innerhalb der Weltraumtruppen vier Einheiten aufgestellt werden. Die Bildung von drei davon dürfte bereits in nächster Zeit beginnen. Es handelt sich um die Kommandozentrale, eine Agentur zum Erwerb von Militärsatelliten und das Personal der Weltraumtruppen selbst. Eine Billigung der Parlamentarier ist nicht nötig.

Das Pentagon soll bis Jahresende eine entsprechende gesetzgebende Initiative zur Aufstellung der Weltraumtruppen formulieren und Anfang 2019 im Kongress einbringen. Das Papier wird auch Vorschläge zum Budget für 2020 enthalten.

vormittags:

de.sputniknews.com: „Diese Kriegserklärung bleibt nicht unbeantwortet“ – Medwedew
Eine Verschärfung der Sanktionspolitik gegen Russland kann als Erklärung eines
Wirtschaftskriegs betrachtet werden und bleibt nicht unbeantwortet, sagte der russische
Premierminister Dmitri Medwedew bei einem Treffen mit Mitarbeitern des Kronozki-
Naturreservats auf der Kamtschatka-Halbinsel.

Am Mittwoch hatte das US-Außenministerium in Washington erklärt, dass am 22. August
wegen des angeblichen Einsatzes von C-Waffen im britischen Salisbury neue US-Sanktionen
gegen Russland in Kraft treten würden. Die Zeitung „Kommersant“ hatte zuvor den Text eines
Gesetzentwurfes über neue Sanktionen gegen Russland veröffentlicht, der von dem
Republikaner Lindsey Graham und drei seinen Kollegen vorbereitet wurde.

Dem Blatt zufolge fordern die Mitglieder des US-Kongresses, insbesondere von US-Präsident
Donald Trump, die Dollar-Verrechnungen der russischen Banken zu sperren, US-Residenten
Geschäfte mit Russlands Staatsschulden zu verbieten sowie endgültig die Frage hinsichtlich
der Einstufung Russlands als „Sponsor-Staat des Terrorismus“ zu klären.

„Ich möchte zu den künftigen Sanktionen keine Stellung nehmen, aber eines kann ich sagen:
Wenn etwas wie ein Verbot der Aktivitäten von Banken oder der Verwendung einer
bestimmten Währung erfolgt, kann man es direkt als die Ankündigung eines Wirtschaftskriegs
betrachten. Und dieser Krieg darf nicht unbeantwortet bleiben – es müssen wirtschaftliche,
politische und notfalls auch andere diverse Maßnahmen folgen. Unsere amerikanischen
Freunde müssen das verstehen“, betonte der russische Premier.

Zu den jüngst verhängten Sanktionen äußerte Medwedew Folgendes: „Ungeachtet dessen, wie
die westlichen Partner argumentieren, dass die Russen schlecht seien, eine falsche Politik
ausüben, dass die russische Regierung ihre Position in einer Reihe von Fragen ändern sollte –
im Großen und Ganzen ist dies die Einschränkung unserer wirtschaftlichen Macht.“

Schon etliche Male in der Geschichte seien Sanktionen gegen Moskau verhängt worden.
Russland habe innerhalb der letzten 100 Jahre unter Bedingungen ständiger Sanktionen
existiert, die dazu dienen sollten, das Land aus der Reihe mächtiger internationaler
Konkurrenten zu werfen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts habe sich Russland „recht gut entwickelt“, trotz aller
Schwierigkeiten in der Sowjetzeit habe es Phasen rasanter Entwicklung gegeben. Dies habe
vielen anderen Staaten „nicht gefallen“, vor allem den USA und einer Reihe ihrer
Verbündeten. „Nichts hat sich zum heutigen Zeitpunkt geändert“, sagte Medwedew.

Ein Beispiel dafür sei die heutige Situation um den europäischen Gasmarkt, den die USA mit
ihrem Flüssiggas erobern möchten und deshalb die Lieferung von russischem Gas behindern
wollen. Obwohl absolut „markt- und wettbewerbswidrige“ Maßnahmen von Washington
ergriffen werden, habe sich das zu einer Politik entwickelt.

Ähnliche Maßnahmen würden auch gegen China eingesetzt. „Das mögen die Chinesen
natürlich nicht, niemand mag so etwas, und zu unseren Aufgaben gehört, diesen Maßnahmen
entgegenzuwirken“, fügte er hinzu...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32189/81/321898187.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo, Prischib und Kalinowka**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Sicherheit im Golan: Russland stellt Beobachtungsposten vor Pufferzone auf.

Die Militärpolizei Russlands soll acht Beobachtungsposten an den Golanhöhen nahe der syrisch-israelischen Grenze einrichten. Das teilte der für die Militärpolizei zuständige Vize-Befehlshaber des russischen Truppenkontingents in Syrien, Oberst Viktor Saizew, mit. „Wir halten uns jetzt in El-Wesia in der Provinz El-Quneitra auf, wo der erste ständige Beobachtungsposten der russischen Militärpolizei aufgestellt ist. Später sollen sieben weitere Posten eingerichtet werden. Sie werden die Sicherheit der Zivilbevölkerung der Provinz Quneitra gewährleisten“, so Saizew.

Laut dem Vize-Befehlshaber des Truppenkontingents, Generalleutnant Sergej Kuralenko, werden die Beobachtungsposten vor der UN-kontrollierten demilitarisierten Zone aufgestellt. „Ich möchte betonen, dass es keine Posten der russischen Militärpolizei innerhalb der demilitarisierten Zone geben wird. Diese Posten sollen den Frieden in Syrien, genauer gesagt in der Provinz El-Quneitra, gewährleisten. Die russische Flagge auf diesem Territorium werde der Zivilbevölkerung garantieren, dass „der Frieden für immer in dieses Land eingekehrt ist“. Die Golanhöhen, die 1944 international als Teil Syriens anerkannt worden waren, wurden während des Sechstagekrieges 1967 größtenteils von Israel besetzt. Mit dem 1981 von Israel verabschiedeten Gesetz über die Golanhöhen wurde einseitig die Souveränität des jüdischen Staates über dieses Territorium verkündet.

Die Annexion der Golanhöhen wurde mit einer UN-Resolution für gesetzwidrig erklärt. Demnach wurden ein Teil der Golanhöhen und der Ort Quneitra zu Bedingungen einer demilitarisierten Zone an Syrien zurückgegeben.

Anfang August 2018 unternahm eine UN-Mission, erstmals seit 2011 von syrischem Territorium kommend, eine Patrouillenfahrt in der demilitarisierten Zone in Begleitung der russischen Militärpolizei. Bis dahin hatten die UN-Kräfte, deren Hauptsitz sich in Damaskus befand, über den Libanon in die demilitarisierte Zone einreisen müssen, weil der syrische Teil der demilitarisierten Zone von Terroristen kontrolliert worden war.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31252/36/312523608.jpg>

de.sputniknews.com: Werden neue antirussische Sanktionen USA selbst hart treffen? – „The Hill“ erklärt.

Die US-Zeitung „The Hill“ hat auf ihrer Webseite einen Artikel unter dem Titel „Neue Sanktionen würden Russland schaden, für die amerikanische Industrie sind sie aber noch schädlicher“ veröffentlicht. Der Autor Richard Sawaya behauptet, die neuen antirussischen Beschränkungen würden vor allem die US-Wirtschaft hart treffen.

Sollte das von einer Gruppe US-Senatoren in Übereinstimmung mit dem Gesetzentwurf „Über den Schutz von Wahlen vor Bedrohungen durch die Einführung von Restriktionen“ vorbereitete Sanktionspaket in Kraft treten, würden sie laut Sawaya „einen Keil zwischen Europa und den USA treiben“ sowie die Energie- und Finanzmärkte destabilisieren. Darüber hinaus würden US-Unternehmen gezwungen sein, Russland zu verlassen (wovon die Wettbewerber aus China und Europa natürlich profitieren würden).

Wie Sawaya ferner schreibt, werden russische Unternehmen etwas mehr als unter den derzeitigen Sanktionen leiden, während das amerikanische Business gezwungen sein wird, gemeinsame Unternehmen zu liquidieren, und ernsthafte finanzielle Verluste einstecken müssen.

Angesichts der Tatsache, dass einige der wichtigsten Ölfelder von russischen Unternehmen und ihren chinesischen Partnern erkundet und genutzt werden, könnten die US-amerikanischen Ölgesellschaften „auf die Ersatzbank verbannt“ werden. Die Sanktionen würden auch wichtige von den USA unterstützte Projekte betreffen, wie zum Beispiel den Bau der Trans-Adria-Pipeline, die dazu beitragen sollte, Europa von der russischen Energiedominanz zu befreien. An diesem Projekt ist ein russisches Unternehmen Minderheitsaktionär.

Die Folgen würden in allen Bereichen spürbar sein: Amerikanische Unternehmen könnten keine Ladungen mehr über russische Eisenbahnen transportieren, „The Boeing Company“ werde nicht mehr mit russischen Fluggesellschaften zusammenarbeiten können, „AT & T“ werde nicht in der Lage sein, russische Telefonleitungen zu verwenden.

Die US-Indexfonds und die Finanzmärkte werden ebenfalls erschüttert, weil Rubelanleihen der russischen Regierung und der russischen Banken in den Bilanzen sofort zu illegalen Vermögenswerten werden. Amerikanische Unternehmen, die in Russland Handel treiben, würden feststellen, dass sie wegen der amerikanischen gesetzlichen Regelungen keine russischen Banken mehr nutzen dürfen, so Sawaya.

Am Mittwoch hatte das Außenministerium in Washington erklärt, dass am 22. August wegen angeblicher Verwendung von C-Waffen im britischen Salisbury neue US-Sanktionen gegen

Russland in Kraft treten werden.

„Nach Verstreichen der 15-tägigen Frist seit der Benachrichtigung des Kongresses werden die Sanktionen in Kraft treten. Die entsprechende Benachrichtigung wird voraussichtlich am 22. August im ‚Federal Register‘ veröffentlicht werden“, hieß es.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 09. August 3:00 Uhr bis 10. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sachanka, Leninskoje, Kominternowo.**

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden folgende Häuser in Kominternowo beschädigt:

- Kirow-Straße 40 – ein Gebäude geriet in Brand;
- Kirow-Straße 53 – das Dach ist beschädigt, der Schornstein zerstört, die Verglasung beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 25. Wir erinnern daran, dass die Zahl Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 155.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Presserat antwortet Sputnik: „Prüfen Beschwerdeverfahren gegen BILD“.

Nachdem Sputnik den Deutschen Presserat um eine Einschätzung des BILD-Artikels zur Krebserkrankung von Asma al-Assad gebeten hat, will der Presserat den Text nun auf Grundlage des Pressekodex prüfen und gegebenenfalls ein Beschwerdeverfahren gegen BILD und BILD Online einleiten.

In der schriftlichen Antwort des Deutschen Presserates vom 10. August 2018 heißt es wörtlich:

„Danke für Ihre Anfrage. Dem Presserat liegen bislang 18 Beschwerden zu dem Artikel vor. Wir werden die Beschwerden aufgrund des Pressekodex prüfen und zeitnah entscheiden, ob wir ein Beschwerdeverfahren gegen BILD und BILD Online einleiten.“

Am 8. August hatte BILD in einem Artikel zur Krebserkrankung der Ehefrau des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad getitelt: „Darf man sich freuen, dass Syriens mörderische Mutter Krebs hat?“. Aus Sicht von Sputnik-Autorin Ilona Pfeffer ist das ethisch nicht vertretbar und verstößt gegen den Pressekodex.

Ende Juli hatte der Presserat seine Missbilligung zu einem „Bild“-Artikel vom 13. März ausgesprochen. Zum Anlass wurde die Überschrift „++ Syrien-Massaker ++ Nervengift-Anschlag in Europa ++ Mays Ultimatum ignoriert ++ Wie weit geht Putin noch?“. Das Blatt hat dem Presserat umgehend vorgeworfen, „im Einklang mit Russlands Propaganda“ zu agieren.

de.sputniknews.com: Staatskasse schrumpft? – Bloomberg warnt vor Finanzchaos in der Ukraine.

Die Nationalbank der Ukraine ist besorgt, weil die staatlichen Finanzreserven schmelzen. Alle Pläne, das Budget zu füllen, sind vereitelt worden, was sich als Chaos zu erweisen droht, schreibt die Nachrichtenagentur Bloomberg.

Der Geldbetrag auf dem Konto des ukrainischen Finanzministeriums für die Zahlung von Renten und Gehältern im öffentlichen Sektor sei auf den tiefsten Stand seit mehr als vier Jahren gesunken. Nach dem Stand vom 1. August sei die Balance der ukrainischen Staatskasse auf zwei Milliarden Griwna geschrumpft. Das habe das Land seit der Flucht des ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch nicht mehr erlebt, so Bloomberg.

„Es gibt kein Problem mit der Haushaltslücke – es gibt ein Problem mit der Liquidität“, sagte der Präsident der ukrainischen Nationalbank Dmitri Sologub in einem Interview mit der Nachrichtenagentur. Die Regierung brauche Geld, um das Defizit auszugleichen.

„Das Problem besteht darin, dass uns nur sehr wenige Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen“, so Sologub weiter.

Ferner schreibt die Agentur, der Grund für diese Situation sei es, dass die Ukraine vom IWF bislang keine weitere Tranche in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar erhalten hat, was zur Blockierung der finanziellen Unterstützung von anderen Seiten führt.

Der stellvertretende Vorsitzende der Nationalbank, Oleg Tschurij, behauptete dagegen, dass, auch wenn der IWF die Mittel bereitstelle, das Risiko für die ukrainische Wirtschaft trotzdem bestehen bleibe.

„Bis zum Ende des Jahres ist wenig Zeit geblieben. Falls es Marktschwankungen gibt, wird es für uns schwierig sein, Geld zu bekommen“, sagte er.

Laut dem Geschäftsführer der Investmentbank „Dragon Capital“, Thomas Fiala, „geht es der ukrainischen Wirtschaft relativ gut, sie erholt sich“. Die Verschlechterung der Liquidität, die in den letzten Jahren zu beobachten sei, bereite jedoch Sorgen. „Wir möchten so schnell wie möglich die Lösung der Situation sehen“, zitiert Bloomberg Fiala.

Die Verzögerung beim Erhalt der Tranche vom IWF drohe „mit Chaos, das sich bereits auf andere Schwellenmärkte ausgebreitet hat“.

„Das bedeutet, dass die Ukraine ihre Staatsanleihen über zwei Milliarden Dollar nicht verkaufen kann“, schloss Bloomberg.

Das auf vier Jahre berechnete Hilfsprogramm des IWF sieht vor, der Ukraine 17,5 Milliarden Dollar bereitzustellen. Im März 2015 war die erste Tranche in Höhe von fünf Milliarden Dollar an Kiew überwiesen worden, im August desselben Jahres die zweite Tranche in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar.

In den Jahren 2016 und 2017 hatte die Ukraine je eine Tranche in Höhe von einer Milliarde Dollar erhalten. Kiew hoffte, eine fünfte Tranche bis Jahresende 2017 zu erhalten, aber dies ist bis jetzt nicht geschehen, da Kiew die Forderungen des IWF nicht erfüllt hat.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31815/68/318156826.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: Veto gegen neue Nordkorea-Sanktionen: US-Antrag scheitert an Russland.

Moskau hat im Ausschuss des UN-Sicherheitsrates den US-Antrag zu Nordkorea über die Aufnahme von neuen natürlichen und juristischen Personen, darunter auch die russische Bank „Agrosoyuz“, in die Sanktionsliste blockiert. Dies berichtet das russische Außenministerium am Freitag.

Die Beweisgrundlage Washingtons, die vorgelegt wurde, um den Vorschlag zur Ausweitung der Restriktionen gegen Nordkorea zu rechtfertigen, sei nicht überzeugend, so das Außenministerium Russlands.

„Die schon zur Norm gewordenen 'Druckmethoden' der US-Delegation bei der Arbeit im UN-Sicherheitsrat und in seinen Nebenorganen lösen Ablehnung aus. Sie versucht, im künstlichen Zeitnotmodus ihr angenehme Entscheidungen durchzuboxen, ohne die Ansichten anderer Mitglieder zu berücksichtigen.“

Alle Anzeichen würden dafür sprechen, dass die Amerikaner den Wunsch hegen, die von ihnen unter ausgeklügelten Vorwänden eben erst verhängten einseitigen Beschränkungen mit der Autorität des Ausschusses 1718 (zu Nordkorea – Anm. d. Red.) des UN-Sicherheitsrates zu „heiligen“, so das Außenministerium weiter.

Bemerkenswert sei auch, dass die neuen US-Sanktionen gegen die Logik der Entspannung in Nordkorea gerichtet seien.

„Offensichtlich versucht Washington, so lange wie möglich den maximalen Druck auf Pjöngjang aufrechtzuerhalten, eigentlich bis zur Vollendung des Denuklearisierungsprozesses. Diese für die Regelung der Probleme der koreanischen Halbinsel zerstörerische Linie provoziert extreme Ablehnung“, schloss das Außenministerium.

Am Vortag war bekannt geworden, dass die USA Sanktionen gegen die russische Bank „Agrosoyuz“ verhängt haben. Das US-Finanzministerium begründete seine Entscheidung damit, dass die Bank Geschäfte im Namen einer Person getätigt habe, die wegen Verletzung der gegen Nordkorea geltenden Restriktionen auf die Sanktionsliste gesetzt wurde. Die Konten und das Eigentum der Bank in den USA sollen gesperrt werden.

Zurzeit gelten gleichzeitig mehrere Pakete antirussischer Sanktionen, die die USA wegen der Situation um die Krim, wegen des Donbass-Konflikts und der angeblichen „Einmischung Russlands“ in die US-Präsidentenwahl 2016 verhängt hatten.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32190/25/321902595.jpg>

av-zakharchenko.su: Die Spekulation zum Thema Einführung von verpflichtenden Schuluniformen in den Schulen ist nicht hinnehmbar. Der Kauf einer Schuluniform ist eine freiwillige Sache und die Beamten vor Ort haben nicht das Recht, eine Pflicht zum Tragen der Schuluniform aufzudrängen, erklärte heute das Oberhaupt der DVR.

„Das Tragen von Schuluniformen kann nur auf Wunsch der Eltern erfolgen. Gemeinsam mit dem Bildungs- und Wissenschaftsministerium wird ein Programm erarbeitet, dass es dem Staat erlauben wird, beim ersten Mal den Kauf der Schuluniform zu finanzieren. Aber in diesem Jahr ist eine Schuluniform nicht verpflichtend. Die Eltern können das freiwillig tun, aber nicht „freiwillig erzwungen“. Es ist nicht nötig im Internet Panik zu verbreiten. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir verpflichtende Schuluniformen einführen werden, aber ab dem nächsten Jahr“ unterstrich Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: Für Reservefall: Nord Stream 2 AG konzipiert alternative Pipeline-Route.

Die Nord Stream 2 AG hat nach eigenen Angaben bei der Energieagentur Dänemarks einen Antrag auf den Bau der geplanten Pipeline auf einer alternativen Route eingereicht und einen EIA-Bericht über den Umwelteinfluss der Trasse (Environmental Impact Assessment) beigelegt.

Die neue Route soll durch die ausschließliche Wirtschaftszone nordwestlich der Insel Bornholm unter Umgehung der Hoheitsgewässer Dänemarks verlaufen.

Dabei wird das Antragsverfahren für die bisher angemeldete Route der Gasleitung, die „anhand von Empfehlungen der Behörden Dänemarks festgelegt wurde“, nicht eingestellt.

Die alternative Route sei aufgrund der in den letzten Monaten vorgenommenen ingenieurtechnischen und umweltrechtlichen Bewertung festgelegt worden und habe eine Länge von 175 Kilometern. Der entsprechende Antrag löse den im April 2017 eingereichten Antrag nicht ab, präzisiert die Nord Stream 2 AG.

Das Unternehmen verweist darauf, dass die alternative Route 36 Kilometer länger sei als die vorher angemeldete, weshalb die Baukosten steigen werden. Aber die Projektteilnehmer würden dieser Variante zustimmen, heißt es.

Nord Stream 2 ist das Projekt für eine zweite Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland, die am Grund der Ostsee verlegt wird. Die Gesamtkapazität der Gasleitung soll etwa 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr erreichen. Ihr Betriebsstart ist für Ende 2019 geplant.

Av-zakharchenko.su: Die Bereitschaft der Wohnwirtschaft für die Heizperiode verläuft nach Plan und beträgt bereits 65%, berichtete heute der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez dem Republikoberhaupt auf einer Versammlung mit den Leitern der Ortschaften der DVR.

Zu Beginn des Arbeitstreffens unterstrich Alexandr Sachartschenko, dass die Vorbereitung auf die Herbst- und Winterzeit in den Städten und Bezirken zum Thema Nr. 1 werden muss.

„Das ist außerordentlich verantwortungsvoll. Wir dürfen keinen Stillstand von Infrastrukturobjekten und kommunalen System zulassen. Wir sind verpflichtet alle solchen Überraschungen vorherzusehen“, sagte er.

Gemäß dem Bericht des Ministers sind von 12.360 Wohnhäusern mit Zentralheizung 7799 soweit, dass das Zertifikat vergeben werden kann. Die Reparatur von Dächern – von 329.000 Quadratmetern sind 218.000 Quadratmeter repariert.

Bei sozialen Objekten sind die Arbeiten zu 64% erledigt. Insgesamt sind von 1862 Objekten 1193 auf den Winter vorbereitet.

Die Reparatur der Dächer ist in diesem Bereich nur zu 14% erledigt. Schwach laufen diese Arbeiten in den städtischen Schulen, weil es an Material fehlt. Die Situation wird sich im September ändern, wenn die notwendigen Materialien über die humanitäre Hilfe kommen werden.

Die Vorbereitung des Heizungssystems ist zu 53% erledigt. Beim Austausch von Heizwerken sind 54 geplant, 13 erledigt. Der Austausch von Heizleitungen – von 65 geplanten Kilometern 35km (54,7%).

Die Wasserversorgungssysteme und die Kanalisation sind insgesamt zu 51% bereit.

Sergej Naumez merkte an, dass im Zusammenhang mit den wachsenden Preisen für Treibstoff eine monatliche finanzielle Unterstützung für die kommunalen Müllabfuhrunternehmen und das staatliche Unternehmen „Woda Donbassa“ notwendig ist.

Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko unterstrich, dass, egal wie schwierig es ist, die kommunalen Zahlungen für die Bevölkerung in der Republik nicht erhöht werden und der Staat die Kommunen unterstützt.

„Sehr geehrte Kollegen! Ich will direkt daran erinnern, dass wir die kommunalen Gebühren für die Bevölkerung nicht erhöhen. Diese Tarife halten wir seit 2014, obwohl der Staat große Verluste hat. Aber wir wissen sehr gut, dass sich auch die Einwohner der Republik in einer schwierigen Situation befinden. Deshalb behandeln wir die Frage von Subventionen des Staates für den Treibstoff der kommunalen Unternehmen“, sagte Alexandr Sachartschenko zu den Anwesenden.

Das Republikoberhaupt fügte hinzu, dass die örtlichen Staatsorgane auch in den Städten alles ihnen Mögliche tun müssen, damit die nächste Heizperiode ohne Probleme verläuft.

„Sie müssen sich mit allen Fragen melden und nichts verschweigen. Eine Lösung lässt sich immer finden, wenn man handelt“, unterstrich das Oberhaupt.

de.sputniknews.com: „US-Vorgehen widerspricht Völkerrecht“: Russischer Sicherheitsrat zu neuen Sanktionen

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Freitag bei einer Beratung mit ständigen Mitgliedern des nationalen Sicherheitsrates eventuelle neue Sanktionen der USA angeschnitten. Darüber informierte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow.

Ihm zufolge haben die Teilnehmer der Beratung betont, dass ein derartiges Vorgehen Washingtons dem Völkerrecht widerspreche.

An der Beratung nahmen der Vorsitzende der Staatsduma (russisches Unterhaus), Wjatscheslaw Wolodin, der Leiter der Kreml-Administration, Anton Waino, der Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew, der Verteidigungsminister Sergej Schoigu und der Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow, teil.

...

Die Zeitung „Kommersant“ hatte zuvor den Text eines Gesetzentwurfes über neue Sanktionen gegen Russland veröffentlicht, der von dem Republikaner Lindsey Graham und drei seinen Kollegen vorbereitet wurde.

Dem Blatt zufolge fordern die Mitglieder des US-Kongresses, insbesondere von US-Präsident Donald Trump, die Dollar-Verrechnungen der russischen Banken zu sperren, US-Residenten Geschäfte mit Russlands Staatsschulden zu verbieten sowie endgültig die Frage hinsichtlich der Einstufung Russlands als „Sponsor-Staat des Terrorismus“ zu klären.

Wie der russische Premier Dmitri Medwedew am Freitag erklärte, kann eine Verschärfung der Sanktionspolitik gegen Russland als Erklärung eines Wirtschaftskriegs betrachtet werden und wird nicht unbeantwortet bleiben.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32190/25/321902546.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 4. bis 10. August 2018:

In der letzten Woche hat die Volksmiliz der Donezker Volksrepublik gemeinsam mit dem deutschen karitativen Fonds „Friedensbrücke“, der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau-Donbass“ und dem gesellschaftlichen Stab für die frontnahen Gebiete eine **karitative Aktion durchgeführt, um Kinder aus Gorlowka, Dokutschajewsk, Sachanka, Saitschenko und Spartak in das Kindererholungslager „Solotaja Kosa“ zu schicken.**

Die Lage entlang der Kontaktlinie bleibt angespannt.

In **Richtung Mariupol** wurden **Sachanka, Leninskoje** und **Kominternowo** von Seiten der ukrainischen Besatzer beschossen, auf die die ukrainischen Terroristen aus der 36.

Marineinfanteriebrigade unter Leitung des Mörders A. Gnatow zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert sowie mit Schützenpanzerwaffen geschossen haben.

In Folge von Beschuss wurden zwei Häuser in Kominternowo in der Kirow-Straße 40 und 53 beschädigt.

Insgesamt wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 45 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** festgestellt. Auf die Gebiete von **19 Ortschaften** der Republik hat der Gegner 100 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert, 206 Schüsse mit Schützenpanzerwaffen abgegeben sowie aktiv verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Im genannten Zeitraum wurden durch Beschuss 18 Häuser in Gorlowka, Staromichajlowka und Kominternowo beschädigt, außerdem **starben drei Verteidiger des Donbass** und **ein ziviler Einwohner von Nabereshnoje wurde verletzt.**

Heute stellen wir Ihnen auf der Pressekonferenz Beweise der Unmenschlichkeit und der vollständigen Nichteinhaltung jeglicher humanitärer Normen bei Kampfhandlungen durch die ukrainische Seite vor.

Wie Sie wissen haben die ukrainischen Terroristen **in der Nacht vom 6. auf den 7. August ein Sanitätsfahrzeug eines Verbandes der Volksmiliz unserer Republik vernichtet, dabei starben zwei Medizinerinnen und der Fahrer**. Das Fahrzeug war unterwegs, um einer Einwohnerin von Nabereshnoje Hilfe zu leisten, aber auf dem Weg wurde es unmenschlich von ukrainischen Terroristen beschossen.

Heute stellen wir Ihnen einen Teil der Kabinentür des Sanitätsfahrzeugs vor, auf dem das internationale Zeichen für ärztliche Hilfe, das rote Kreuz, zu sehen ist.

Diese Unmenschen wollten darauf spucken, dass Mediziner immer außerhalb des Kriegs standen.

Dieser Fall darf nicht ohne Aufmerksamkeit der internationalen Rechtsschutzorganisationen bleiben, insbesondere des Internationalen Roten Kreuzes. Wir rufen die internationalen Rechtsschützer auf, gegenüber diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufmerksam zu sein, denn beim nächsten Mal können die ukrainischen Terroristen als Ziel Vertreter Ihrer Missionen wählen.

Ich möchte auch auf die **Aktivierung von Spezialeinheiten des SBU entlang der gesamten Kontaktlinie** eingehen. So hat unsere Aufklärung im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 92. mechanisierten Brigade die Ankunft einer Gruppe des SBU mit einer Spezialeinheit zur Verstärkung bemerkt. Als offizielle Version wird die Durchführung von Gegenaufklärungsmaßnahmen und die Entdeckung von Personen, die mit dem Gegner zusammenarbeiten und ihm helfen, sowie eine komplexe Überprüfung der Lagerung von Waffen und Munition angegeben.

Aber nach Informationen aus dem Stab der 92. Brigade sind die SBUler tatsächlich zur Durchführung von Maßnahmen zur Entwaffnung nicht vom Stab der OOS kontrollierter nationalistischen Einheiten, die im Gebiet von Awdejewka stationiert sind, eingetroffen. Nach unseren Informationen sind analoge angebliche „Gegenaufklärungs“maßnahmen im August im Gebiet von Wolnowacha und Mariupol geplant.

Uns ist bekannt, dass der Kommandeur der Besatzungskräfte Najew einen Besuch von Vertretern grundlegender Informationsagenturen der Ukraine - „112“, „Ukraina“, „5. Kanal“, „Inter“ sowie der ausländischen „Bloomberg“ - in der Konfliktzone geplant hat, um eine PR-Aktion für das Regime Poroschenko und Demonstration seiner persönlichen Entschlossenheit bei der Entwaffnung nationalistischer Einheiten durchzuführen.

Gleichzeitig führt das Kommando der OOS einen Maßnahmenkomplex zur „... Verhinderung der Veröffentlichung von Informationen über aufgedeckte kriminelle Rechtsverletzungen in der Zone der Durchführung der Operation in den Massenmedien...“ durch, mit einfachen Worten – Zensur der Massenmedien.

Jetzt müssen alle Massenmedien, ehe sie Informationen, z. B. Fälle von Plünderungen durch Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der Besatzungsoperation oder Fälle von Gewalt durch Terroristen des Regiments „Asow“ gegen friedliche Einwohner veröffentlichen, eine Genehmigung dafür bei entsprechenden Militärstaatsanwalt beantragen. Hier ist deren Liste:

Militärstaatsanwalt für die gesamte OOS – O.W. Zizak;

Militärstaatsanwalt der Lugansker Garnison – A.S. Ljaschenko;

Militärstaatsanwalt der Charkower Garnison – R.S. Grischtschenko;

Militärstaatsanwalt der Donezker Garnison – D.W. Lawrinenko;

Militärstaatsanwalt der Mariupoler Garnison – A.W. Gladij.

Es ist bemerkenswert, dass Zizak und Ljaschenko in gewissem Sinne Oligarchen sind, ihnen gehören jedem 400 Quadratmeter und drei Luxusfahrzeuge ausländischer Produktion. Der Besitz von Grischtschenko, Lawrinenko und Gladij ist einfacher: je zwei Wohnungen und

zwei Fahrzeuge ausländischer Produktion. Aber in jedem Fall können diese Käufe nicht durch ehrlich erarbeitetes Geld erfolgt sein, weil ihre offiziellen Gehälter seit 2014 400.000 bis 500.000 Griwna pro Jahr betragen.

Für solche Staatsanwälte ist die Nichtverbreitung von Informationen über die Aufnahme von Strafverfahren gegen Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde der Ukraine nützlich, die sie für eine bestimmte Summe einstellen können.

Als ein Beispiel für einen Versuch der Verheimlichung von Fällen von Gesetzlosigkeit in der Zone der Besatzungsoperation kann das Verbot von Besuchen von Abgeordneten, Vorsitzenden politischer Bewegungen, Freiwilligen sowie der Verbreitung von Fotos, die in der OOS-Zone aufgenommen wurden, ohne vorherige Zensur im Stab der Besatzungskräfte durch Najew dienen.

Allen sind die zahlreichen Fälle bekannt, in denen Freiwillige Fotos und Videobeweise des elenden Zustands der Positionen und provisorischen Stationierungspunkte der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ins Netz gestellt haben, was die Autorität des Kommandos der OOS, das enorme Mittel zur Versorgung der ukrainischen Streitkräfte unterschlägt, stark untergraben hat.

Aber nur wahrheitsgemäße Hilferufe von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte, die durch Freiwillige weitergegeben und verbreitet werden, zwingen das Kommando irgendwelche Maßnahmen zur Einrichtung von Ordnung zu ergreifen. Nur enden diese hauptsächlich nur mit dem Einsatz von Kommissionen zur formalen Kontrolle der Einheiten. So ist nach der Veröffentlichung der katastrophalen Lage der Dinge mit der Lebensmittelversorgung in der 24. Brigade, die friedliche Bürger unserer Republik in Richtung Gorlowka terrorisiert, in dem Verband eine Kommission des Stabs der OOS eingetroffen.

Analoge Situationen mit verschiedenen Arten von Versorgungsgütern sind auch in den übrigen Verbänden zu beobachten. Wie wir sehen, kämpft das Kommando der OOS nicht gegen die eigentlichen Ursachen, sondern gegen die Verbreitung der Wahrheit über diese Tatsachen.

Der Besuch von Kommissionen endet im besten Falle mit der Erstellung von Plänen zur Beseitigung der Defizite. Ein solches Verhältnis der Führung zu den Untergebenen führt zu einem Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte.

Wir haben **Informationen über die Zahl der Selbstmorde unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte** seit dem 1. Januar 2018 erhalten, die als Bericht an den Leiter der Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte W. Mushenko geschickt wurden.

So starben im Zeitraum **vom 1. Januar bis 30. Juni 2018 in den ukrainischen Streitkräften 120 Soldaten durch Selbstmord** (im entsprechenden Vorjahreszeitraum 96), was 22,5% mehr ist. 73% von ihnen waren Teilnehmer der ATO/OOS.

Die Mehrzahl der toten Soldaten war zwischen 20 und 30 Jahren alt – 64 (53% der Gesamtzahl).

26 Fälle (22% der Gesamtzahl) der Selbstmorde wurden von Soldaten zwischen 35 und 40 Jahren begangen.

88 Fälle (73% der Gesamtzahl) waren Teilnehmer der ATO/OOS.

Dies ist nun die deutlichste Kennzahl eines schlechten moralisch-psychischen Zustands der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte insgesamt und der Teilnehmer der Operation im Besonderen.

Diese Zahlen benötigen keine Kommentare, aber wir geben noch eine Erläuterung – diese Informationen sind offiziell zur Vorlage beim Leiter des Generalstabs Muschenko, das heißt, tatsächlich muss man diese Zahl auf das Zwei- oder Dreifache erhöhen.

de.sputniknews.com: Russland wirft Vilnius Einmischung in innere Angelegenheiten vor.
Die russische Botschaft in Litauen hat am Freitag auf ihrer offiziellen Webseite zu den Plänen

von Vilnius, die internationale Konferenz „Wiederherstellung der europäischen und transatlantischen Stabilität“ durchzuführen, Stellung genommen.

Wie es heißt, zeugt die Konferenz, in deren Rahmen unter anderem „Perspektiven Russlands ohne Wladimir Putin“ erörtert werden sollen, davon, dass sich Litauen in die inneren Angelegenheiten Russlands einmisch.

„Vilnius fährt beharrlich fort, sich offen in die inneren Angelegenheiten Russlands einzumischen. Unter anderem versucht es, die weitere Entwicklung unseres Landes zu beeinflussen“, heißt es.

Allein die russischen Bürger seien berechtigt, ohne irgendwelche Hinweise von außen, den Kurs ihres Staates zu bestimmen, darunter auch den Präsidenten des Landes zu wählen.

„Marginale und realitätsferne Diskussionen unter der Teilnahme russischer ‚Dissidenten‘ werden sich auf die Wahl unseres Volkes kaum auswirken“, so die Botschaft.

Am 22. August findet in Vilnius mit Unterstützung des Ex-Präsidenten Litauens, Valdas Adamkus, die internationale Konferenz „Wiederherstellung der europäischen und transatlantischen Stabilität“ statt.

Daran nehmen Politiker aus Nato-Ländern sowie Vertreter der Ukraine, der Republik Moldau, Georgiens sowie russische Oppositionelle teil.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponko über die Situation an der Kontaktlinie vom 4. bis 10. August 2018:
Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt** und Mörser des Kalibers 82mm, Schützenpanzerwaffen,

Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen eingesetzt. Beschossen wurden die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Logwinowo, Prischib, Kalinowka und Kalinowo**.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 25-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Geschossen wurde mit Granatwerfern, Artillerie des Kalibers 122mm, Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen sowie großkalibrigen Schusswaffen. Insgesamt wurden 321 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

In Folge von Mörserbeschuss durch die ukrainischen Truppen auf das Territorium der Republik wurde **ein Soldat der Volksmiliz der LVR auf seinem Kampfposten verletzt**.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden **neun Ortschaften der LVR beschossen**.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten folgende Kriegsverbrecher: der Kommandeur der 72. mechanisierten Brigade Tatus, der Kommandeur der 53.

mechanisierten Brigade Grusewitsch, der Kommandeur der 59. Panzergrenadierbrigade Ossiptschuk.

Dem feindlichen Feuer ging eine **Aktivierung der Aufklärung des Gegners mit Drohnen** voran. Die Aufklärung erfolgte vor allem entlang der Kontaktlinie zur Feuerleitung in den genannten Gebieten sowie zur Entdeckung von Objekten für den Angriff. Diese Fälle zeugen von vorsätzlichen Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die Kiewer Kämpfer. Eine Bestätigung dafür sind die durch die Luftabwehr der Volksmiliz abgeschossenen Drohnen der 53. und der 72. Brigade.

Die ukrainische Seite konzentriert weiter militärisches Potential und stationiert verbotene Waffen entlang der Kontaktlinie.

Insbesondere plant die ukrainische Militärführung, in die ihr unterstellten Einheiten in der OOS-Zone 125 Stück Waffen und Militärtechnik aus der 303. Zentralbasis für Raketenantillerieschusswaffen und dem 65. Arsenal für Raketenantillerieschusswaffen zu liefern.

Es ist bekannt, dass in die 59. Panzergrenadier- und in die 72. mechanisierte Brigade 40

Antipanzerraketenkomplexe „Skif“ und Abwehrraketenkomplexe „Igla“ geliefert werden. An den Lagerorten fehlen weiterhin ukrainische Technik und Waffen, die abgezogen sein müssten. Dies wird in den täglichen Berichten der OSZE-Mission festgestellt, nach deren Daten folgende Waffen der ukrainischen Streitkräfte in den Lagerorten fehlen:

11 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

8 Haubitzen „Msta-B“;

6 Haubitzen „Akazija“;

2 Haubitzen „D-30“;

4 Mörser M120 und 2B11;

10 Panzer T-64 und T-72.

Leider befinden sich diese Waffen in der Nähe der Kontaktlinie und sind bereit zur Anwendung auch gegen friedliche Ortschaften ...

de.sputniknews.com: „Wir sind Brudervölker“: Serbiens Außenamtschef nennt Russland strategischen Partner.

Kein anderes Land schützt so die Interessen Serbiens wie Russland, besonders beim Kosovo-Problem, sagte der amtierende serbische Außenminister Ivica Dačić am Freitag bei einem Besuch der Leiterin des Informations- und Presseamtes des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in Belgrad.

Sacharowa war auf Einladung von Dačić nach Serbien gekommen. Auf ihrem Besuchsprogramm stehen ein Treffen mit Dačić hinter verschlossenen Türen sowie ein Treffen mit dem Minister für Innovationen, Nenad Popović.

„Wir plädieren entschieden für eine weitere Entwicklung der politischen Beziehungen zu Russland auf der Grundlage der strategischen Partnerschaft. Wir sind aus historischer, traditioneller Sicht zwei verwandte Bruder- bzw. Schwestervölker. Und unsere beiden Staaten haben immer ausschließlich freundschaftliche Beziehungen (...) zueinander unterhalten“, sagte der serbische Minister.

„In diesem Zusammenhang möchte ich einen großen Dank für die Unterstützung aussprechen, die Russland Serbien erweist, wenn es um unsere territoriale Integrität und Souveränität geht ... Kein anderes Land schützt so die serbischen Interessen wie Russland“, sagte Dačić. Belgrad treffe „keine einzige Entscheidung, die unseren strategischen Partnern nicht zur Kenntnis gebracht wird“, betonte der serbische Minister.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32190/56/321905627.jpg>

ukrinform.ua: Muschenko und Hug sprechen über Sicherheitslage im OVK-Raum:

In Kiew fand ein Treffen des Chefs des Generalstabs der Ukraine, Wiktor Muschenko, mit dem ersten stellvertretenden Leiter der Sonderbeobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Alexander Hug, statt, ließ der Generalstab mitteilen.

„Die Parteien haben ausführlich die Situation erörtert, die sich im Raum der Durchführung der Operation der Vereinten Kräfte (OVK) mit der Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Regionen Donezk und Lugansk gestaltet hat“, heißt es im Bericht.

Auch ging es um die Steigerung der Sicherheit des Personals der Operation der Vereinten Kräfte, des Personals der OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine und der Zivilbevölkerung im Raum der Durchführung der Operation der Vereinten Kräfte angesichts der Zunahme der Zahl von Provokationen und Beschießungen seitens der russisch-terroristischen Gruppen, die unter anderem mit dem Einsatz der durch Minsker Abkommen verbotenen Waffen durchgeführt werden.

Der Chef des Generalstabs betonte, dass ukrainische Soldaten alle Maßnahmen zur Vermeidung der Zuspitzung der Sicherheitslage im Donbass treffen.

Die Streitkräfte der Ukraine werden auch weiterhin die Tätigkeit der Vertreter der OSZE-Sonderbeobachtungsmission maximal fördern.

de.sputniknews.com: Bomben, Fesseln, Messer: Sacharowa antwortet auf Forderung aus USA.

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat das Instrumentarium der USA, mit dem sie andere Staaten zum „besseren Benehmen“ zwingen wollen, bezweifelt. Zuvor hatte Sacharowas US-Amtskollegin Heather Nauert Russland aufgefordert, Russland solle sein „Benehmen verbessern“. Darauf sollen Nauert zufolge die neuen US-Sanktionen abzielen. Sacharowa bezweifelte in einer Stellungnahme, dass die von den USA angedrohten Restriktionen die amerikanisch-russischen Beziehungen wirklich positiv beeinflussen könnten.

„Was ist denn das für ein Set, mit dessen Hilfe die Regierungen darauf eingestellt werden sollen, ihr Benehmen zu verbessern, ,damit die Beziehung zu den USA besser wird‘? Man würde gern ein paar Beispiele genannt bekommen, wo und wie dieses Set funktioniert hat“, schrieb Sacharowa auf Facebook.

Ihre Notiz ergänzte Sacharowa mit Smileys, die verraten, wie sie das entsprechende US-Instrumentarium versteht: Bomben, Fesseln, Messer.

Am 8. August hatte Washington erklärt, dass neue Sanktionen gegen Russland wegen angeblicher „Verwendung von C-Waffen im britischen Salisbury“ eingeführt werden. Das russische Außenministerium hatte die Pläne des Weißen Hauses als „ein Komplott der USA und Großbritanniens“ bezeichnet und entsprechende Gegenmaßnahmen versprochen. Der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew erklärte, dass die weitere Verschärfung der Sanktionen als die Ankündigung eines Wirtschaftskriegs zu betrachten sei, dem wirtschaftliche, politische und auch andere Antwortmaßnahmen folgen müssten.

Die britische Regierung behauptet, dass Sergej Skripal, Ex-Offizier des Militärgeheimdienstes GRU, und seine Tochter Julia am 4. März in der britischen Stadt Salisbury vergiftet worden seien. Daraufhin hatte London Russland beschuldigt, ohne irgendwelche Beweise vorzulegen. Moskau hatte mehrfach betont, dass es mit dem Zwischenfall nichts zu tun habe. Es hatte zur offenen Untersuchung aufgerufen und auf die Versuche Londons verwiesen, die Indizien geheim zu halten.

armiyadnr.su: Entsprechend den Anweisungen des Oberhauptes der DVR und dem Ausbildungsplan für die Verbände und Truppenteile der Volksmiliz der DVR wurden im

Zeitraum vom 6. bis 8. August außerplanmäßige Kontrollen der Bereich der Kräfte und Mittel der Antiterrorereinheiten der Volksmiliz der DVR sowie einzelner Einheiten des Zivilschutzministeriums der DVR durchgeführt.

An den Übungen nahm mehr als 20 Einheiten Radtechnik und mehr als 50 Personen teil. Bei den Übungen wurden verschiedene Aufgaben des operativen Stabs der DVR bearbeitet, darunter auch ein Ausbruch an die Staatsgrenze zur RF im Gebiet von Manytsch.

Das Republikoberhaupt und das Kommando der militärischen Strukturen haben die Fähigkeiten des Personals der Antiterrorereinheiten sowie ihre Kenntnisse bei der Erfüllung praktischer Handlungen hoch bewertet.

de.sputniknews.com: Putin-Erdogan-Telefonat: Das stand auf der Agenda

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Freitag mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan die Handels- und Wirtschaftskooperation beider Länder und deren Aussichten telefonisch besprochen. Das teilte der Pressedienst des Kremls mit.

„Es fand ein Telefongespräch des russischen Staatschefs Wladimir Putin mit dem türkischen Präsidenten Erdogan statt. Behandelt wurden der Stand und die Entwicklungsperspektiven der beiderseitig vorteilhaften Handels- und Wirtschaftskooperation beider Länder“, heißt es.

Zudem hätten die Spitzenpolitiker die Umsetzung gemeinsamer strategischer Projekte, vor allem im Energiesektor, positiv eingeschätzt.

Wie es weiter heißt, haben die Präsidenten unter anderem den Plan für Kontakte auf verschiedenen Ebenen zur Sprache gebracht.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32190/62/321906231.jpg>

de.sputniknews.com: Nato erklärt Russland zur „größten Bedrohung“.

Die Nato hat auf Twitter ein Video veröffentlicht, auf dem sie Russland als größte Bedrohung für die transatlantische Sicherheit einstuft.

„Im Osten wird Russland immer aggressiver, nachdem es die Krim rechtswidrig annektiert und die Situation in der Ostukraine destabilisiert sowie sein militärisches Potenzial an den Nato-Grenzen ausgebaut hat“, heißt es in dem Video.

Zu den anderen Gefahren zählt man in Brüssel die Situation im Nahen Osten und in Afrika, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Cyberangriffe, die Situation um die Lieferung von Energieträgern und den Klimawandel.

Russland verweist seinerseits in den vergangenen Jahren auf den beispiellosen Aufschwung der Nato-Aktivitäten an seinen westlichen Grenzen. Die Nato tritt im Gegenzug mit immer neuen Initiativen auf, deren Ziel „die Eindämmung der russischen Aggression“ sei. Moskau brachte häufig seine Besorgnis über den Ausbau der Nato-Kräfte in Europa zum Ausdruck.

Putins Sprecher Dmitri Peskow unterstrich immer wieder, dass Russland für andere Länder ungefährlich sei, aber auf potenzielle Gefahren für seine Interessen reagieren müsse. Präsident Wladimir Putin sagte bezüglich der Vorwürfe, Russland würde sich aggressiv verhalten, dass dies nichts anderes als eine Ausrede sei, denn die Aktivitäten der Nato im Ostseeraum seien viel umfangreicher als die von Russland. Zudem würden die USA für ihre Verteidigung wesentlich mehr als alle anderen Länder der Welt ausgeben.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation in der Ukraine angespannt, wo es Anfang 2014 zu einem Staatsstreich gekommen war — und wegen der Wiedervereinigung Russlands mit der Krim nach einem entsprechenden Referendum auf der Halbinsel, die bis dahin Teil der Ukraine gewesen war.

Der Westen warf Moskau die Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten der Ukraine vor und verhängte Sanktionen. Moskau ergriff Gegenmaßnahmen und betonte, dass es kontraproduktiv sei, mit ihm in der Sprache von Sanktionen zu sprechen. Zudem verwies Russland immer wieder darauf, dass es weder zu den Seiten des innenpolitischen Konflikts in der Ukraine gehöre noch Subjekt der Minsker Vereinbarungen zur Konfliktregelung im Donbass sei, und dass die Krim-Frage für immer und ewig weg vom Tisch sei.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32190/63/321906303.jpg>

Dnr-online.ru: Der Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft der DVR teilt mit, dass die Ermittlungsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft der DVR am 13. September 2017 ein Strafverfahren gegen die stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR aufgenommen hat. Am 14. September wurde die Angeklagte aufgrund des Verdachts, Verbrechen begangen zu haben, festgenommen und am 16. September wurde gegen sie ein Ausreiseverbot verhängt.

Im Verlauf der vorläufigen Ermittlungen wurde festgestellt, dass die stellvertretende Ministerin im April 2017 als staatliche Funktionärin in ihrem Dienstbüro vorsätzlich und auf den eigenen Vorteil bedacht gegen die Dienstinteressen vom Direktor einer allgemeinbildenden Schule ein Bestechungsgeld in Rubeln für allgemeine Begünstigung erhalten hat.

Außerdem hat die genannte Rechtsbrecherin im Juni desselben Jahres von einem Lehrer der ukrainischen Sprache und Literatur eines Gymnasiums der DVR als Bestechungsgeld eine Geldsumme in US-Dollar für die Ernennung des betreffenden Lehrers auf eine freie Stelle als stellvertretender Direktor und gleichzeitig als Lehrer für ukrainische und russische Sprache an einer allgemeinbildenden Schule mit vertieftem Unterricht in bestimmten Fächern erhalten. Während der Gerichtsverhandlung wurde der Erhalt von Bestechungsgeldern durch die stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR für Unterstützung beim

Erhalt einer Stelle und Begünstigung im Dienst von ihr unterstellten Personen untersucht und wurde vollständig bestätigt. Die Bürgerin hat die Schuld an den ihr vorgeworfenen Vergehen nicht eingestanden und keinerlei Reue gezeigt.

Am 9. August 2018 wurde die ehemalige stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR als schuldig befunden und nach Teil 4 § 343 des Strafgesetzbuchs der DVR zu 6 Jahren und 6 Monaten Freiheitsentzug, einer Geldstrafe von 300.000 Rubel und dem Entzug des Rechts staatliche Ämter zu bekleiden für 2 Jahre und 6 Monate verurteilt, die Strafe wird in einem normalen Gefängnis verbüßt. Das Urteil ist in Kraft getreten.

de.sputniknews.com: „Faschistisches Bataillon“: Neu brandmarkt Bundeswehr-Hilfe für ukrainische Kämpfer.

MdB Alexander Neu hat das seit vier Jahren laufende Hilfsprogramm der Bundeswehr für verletzte ukrainische Armeeinghörige in Frage gestellt. Seit Beginn des ukrainischen Truppeneinsatzes gegen die von Kiew abtrünnige Region Donbass werden verletzte Soldaten aus dem Kriegsgebiet zur Behandlung in die Bundesrepublik transportiert.

Alexander Neu (Die Linke) ist besorgt, weil sich unter den nach Deutschland geholten Ukrainern Rechtsextremisten aus den von Kiew nicht kontrollierten paramilitärischen Bataillons befinden könnten.

„Ist diese Bereitschaft unparteiisch oder stellt sie eine Solidarmaßnahme für das Putsch-Regime in Kiew dar?“, fragte der Bundestagsabgeordnete in einem Interview mit der „Deutschen Welle“. Und weiter: „Warum werden keine verletzten ostukrainischen Zivilisten, die es zu Tausenden gibt, behandelt?“

Nach DW-Angaben wollte Neu als Mitglied im Verteidigungsausschuss vor kurzem in einer Anfrage wissen, welche der nach Deutschland ausgeflogenen Ukrainer „in den offiziellen Streitkräften“ und „wie viele in den paramilitärischen Bataillons wie dem faschistischen Asow-Bataillon“ dienen.

Im Juli hatte gerade die „Deutsche Welle“ einen Videobericht veröffentlicht, auf dem ein nach Deutschland gebrachter ukrainischer Soldat beim Empfang am Flughafen offenbar den Hitlergruß zeigt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31716/24/317162433.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: Syrien: Bewohner von al-Quneitra kehren nach jahrelangem Umherziehen heim.

Nach der Befreiung der syrischen Provinz al-Quneitra von Terroristen kehren die Bewohner in ihre Häuser zurück.

Wie ein Sputnik-Korrespondent aus der an Israel grenzenden südwestlichen Provinz berichtete, wurde nach den nötigen Reparaturarbeiten die Autostraße zwischen Madinat al-Baath, einer Stadt unweit von den Golanhöhen, und al Hamidiyah, einer Stadt an der syrischen Küste etwa drei Kilometer von der libanesischen Grenze entfernt, wieder für den Verkehr freigegeben.

„Die syrische Regierung hat neun Spezialzentren eröffnet, die den Anwohnern helfen, ihre Dokumente wiederherzustellen, sowie jenen Kämpfern, die sich der Waffenruhe angeschlossen haben, helfen, ins Rechtsfeld zurückzukehren“, berichtet ein Sputnik-Korrespondent vor Ort.

Einige Anwohner schilderten in einem Sputnik-Gespräch ihre Eindrücke vom Gesehenen. Sie sind nach ihren eigenen Worten trotz zahlreicher Zerstörungen von Wohnhäusern und Ortschaften sehr froh, heimzukehren.

Nun könne man ganz normal leben, anstatt von einem Flüchtlingslager zu einem anderen zu wandern.

So sagte ein Anwohner zu Sputnik: „Gott sei Dank! Nach fünf Jahren kehren wir heim. Wir danken unserem Präsidenten und der syrischen Armee.“

„Wir haben vier Jahre außerhalb Syriens verbracht. Jetzt bedanken wir uns bei unserem Präsidenten, wir kehren nach Hause zurück und beginnen mit dem Wiederaufbau unseres Landes.“

Zudem zeigte er sich zuversichtlich, dass das Leben in Syrien besser sein werde als früher. Ein anderer Ortsansässiger freut sich darüber, dass er heimkehrt. „Bedauerlicherweise ist vieles zerstört. Wir hoffen aber darauf, dass sich alles zum Guten wenden wird, dass die Probleme gelöst werden und das Land wieder aufgebaut wird“, sagte er.

Im Juli hatten sich die syrische Regierung und bewaffnete Gruppierungen in der südwestlichen Provinz al-Quneitra über einen Waffenstillstand verständigt.

Danach hatte sich ein Teil der Extremisten freiwillig den Behörden gestellt, um zum friedlichen Leben zurückkehren zu können.

Jene Kämpfer, die die Waffen nicht strecken wollten, bekamen die Möglichkeit, gemeinsam mit ihren Familien mit Bussen in die Provinz Idlib abzuziehen.

`<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/5m9VNI49EHY" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/5m9VNI49EHY>

de.sputniknews.com: Griechenland ruft seinen Botschafter in Moskau zurück.

Das Außenministerium Griechenlands hat seinen Botschafter in Moskau, Andreas Fryganas, zurückgerufen. Das erfuhr RIA Novosti am Freitagabend aus Regierungsquellen in Athen.

„Die Entscheidung wurde von Ressortchef Nikos Kotzias persönlich getroffen. Fryganas dürfte in den nächsten Tagen nach Athen zurückkehren. Nach Moskau wird ein anderer Botschafter geschickt. Aber man weiß nicht, wann das passiert“, hieß es.

Eine offizielle Stellungnahme des griechischen Außenamtes liegt noch nicht vor.

Der Botschafter wird vor dem Hintergrund einer Krise in den diplomatischen Beziehungen beider Länder zurückgerufen. Am 11. Juli hatte Griechenland zwei russische Diplomaten des Landes verwiesen mit der Begründung, diese hätten Versuche unternommen, die nationale Sicherheit Griechenlands zu unterhöhlen.

Moskau antwortete ebenfalls mit der Ausweisung von zwei griechischen Diplomaten. In einer am Freitag vom griechischen Außenamt abgegebenen Erklärung wurde Russland

„Waffenbruder der Türkei“ genannt. Zudem wies Athen darauf hin, dass Moskau seine Positionen der Freundschaft und Zusammenarbeit, die die Beziehungen zwischen Griechenland und Russland seit 190 Jahren prägten, schrittweise aufgibt.

„Russland ist sich nicht darüber im Klaren, dass Griechenland seine eigenen Interessen und Kriterien in der internationalen Politik hat“, hieß es in dem Papier. Die Ausweisung von zwei griechischen Diplomaten bezeichnete Athen als „willkürlich und rachsüchtig“.

de.sputniknews.com: An einem Tag: Zwei Drohnen beim Anflug auf Luftwaffenbasis Hmeimim abgeschossen.

Die russischen Militärs im Luftstützpunkt Hmeimim in Syrien haben in den zurückliegenden 24 Stunden zwei Drohnen abgeschossen, die von dem von illegalen bewaffneten Terror-Formationen kontrollierten Territorium in der Provinz Latakia gestartet wurden. Das teilte das russische Zentrum zur Aussöhnung der verfeindeten Seiten in Syrien am Freitag mit.

„In den vergangenen 24 Stunden haben die Mittel zur Überwachung des Luftraumes über der russischen Luftwaffenbasis Hmeimim zwei Drohnen geortet, die von dem von illegalen bewaffneten Terror-Formationen kontrollierten Territorium im Norden der Provinz Latakia gestartet wurden“, sagte der Leiter des Zentrums, Generalmajor Alexej Zyganow.

Wie er ferner ausführte, sind die Ziele von der Luftabwehr lange vor dem Anflug auf Hmeimim zerstört worden.

„Es hat weder Betroffene noch Zerstörungen noch materiellen Schaden gegeben. Der russische Luftstützpunkt Hmeimim funktioniert einwandfrei“, fügte der General hinzu.

Das Aussöhnungszentrum ruft Kommandeure der illegalen bewaffneten Formationen auf, von Provokationen abzusehen und zum friedlichen Leben in den von ihnen kontrollierten Gebieten zurückzukehren.

de.sputniknews.com/rusvesna.su: Ukraine nennt Namen ihrer neuen starken Waffe mit „Nato-Kaliber“.

Die Ukraine besitzt laut dem Sekretär ihres Rats für nationale Sicherheit und Verteidigung, Alexander Turtschinow, eine neue und starke Waffe. Dies erklärte er am Freitag, wie der Pressedienst dieses Rats mitteilte.

„Eine Waffe eines solchen Kalibers hat in unseren Streitkräften der Ukraine gefehlt, in der Sowjetarmee hatte es sie nicht gegeben, auch die moderne russische Armee hat sie nicht“, sagte Turtschinow laut dem Pressedienst.

Es handelt sich um die neue mobile Haubitze, die Turtschinow zufolge „das Nato-Kaliber von 155 Millimeter besitzt“ und sich durch hohe Mobilität, Treffsicherheit, Reichweite und hohe Feuergeschwindigkeit auszeichnet.

„Die Waffe hat einen schönen Namen bekommen – ‚Bogdana‘, und ich rate den Feinden der Ukraine, sich dies gut zu merken“, ergänzte er.

Seinen Worten zufolge entsprechen das Feuerleitsystem und die Herstellungstechnologie der Haubitze den Nato-Standards. Die Produktion der „Bogdana“ sei in ukrainischen Rüstungsbetrieben bereits im Gange.

Früher hatte der ukrainische Militärexperte Sergej Sgurez Fotos des neuen Systems auf Facebook veröffentlicht. Dort erkennt man, dass die Haubitze auf einen LKW KraZ montiert ist. Laut ukrainischen Medien soll die „Bogdana“ am 24. August anlässlich des Unabhängigkeitstages der Ukraine erstmalig öffentlich gezeigt werden.

Der Präsident des (russischen) Zentrums für Systemanalyse und Prognose Rostislaw Ischtschenko bezweifelt allerdings, dass die ukrainische Rüstungsindustrie in der Lage sein wird, eine größere Anzahl der Geschütze herzustellen. Grund dafür sei der Personalmangel, der sich aus der massenhaften Abwanderung von Spezialisten und hoch qualifizierten Arbeitern während der letzten Jahre ergebe.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/samohodnaya_gaubica_155.jpg

de.sputniknews.com: Lawrow zu Pompeo: Neue Sanktionen inakzeptabel.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat während eines Telefonats mit seinem US-Amtskollegen Mike Pompeo erklärt, dass Moskau neue Washington-Sanktionen wegen des „Falls Skripal“ eindeutig nicht akzeptiere. Dies teilte das russische Außenamt am Freitag mit. Die US-Administration hatte am Mittwoch neue Sanktionen gegen Russland angeblich wegen des Einsatzes von chemischen Waffen im britischen Salisbury verkündet. Den Quellen des TV-Senders NBC zufolge sieht das erste Paket ein volles Verbot für den Export elektronischer Geräte und Ersatzteile mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland vor, das zweite Paket kann die Senkung des Grades der diplomatischen Beziehungen und ein Verbot der Flüge von „Aeroflot“ in die USA einschließen.

„Von russischer Seite wurde eine eindeutige Nichtakzeptanz der kürzlich durch Washington angekündigten neuen Sanktionen unter Verweis auf angeblich vorhandene Informationen über die Verwicklung Russlands in den so genannten „Fall Skripal“ geäußert. Sergej Lawrow betonte, dass weder die USA noch Großbritannien oder ein anderes Land während der nach dem Vorfall in Salisbury vergangenen Zeit irgendwelche Tatsachen zur Bekräftigung derartiger Behauptungen vorgelegt hätten“, heißt es in der Mitteilung des russischen Außenamtes.

...

Während des Telefonats haben die beiden Amtskollegen eine Reihe anderer Fragen besprochen – die Situation in Syrien sowie Themen, die während des Treffens der beiden Präsidenten – Russlands und der USA – in Helsinki erörtert wurden.

Das Gespräch fand auf Initiative der US-Seite statt.

Zuvor hatte die offizielle Sprecherin des russischen Außenamtes, Maria Sacharowa, den US-amerikanischen „Set zur Verbesserung der Beziehungen zu Russland“ kommentiert.